

FDP

Die Liberalen

Presseinformation

Nr. 113 / 2014

Kiel, Mittwoch, 12. März 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildung / Oberstufen an Gemeinschaftsschulen

Anita Klahn: Frau Wende macht die Ausnahme zur Regel

Zur mangelnden Profilvielfalt der neuen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die Schaffung weiterer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ist ein schwerer bildungspolitischer Fehler. Wie wir schon seit langer Zeit befürchtet haben, zeigt sich jetzt, dass an diesen neuen Oberstufen nur ein äußerst begrenztes Profilangebot angeboten werden kann.

Erschreckend bleiben dabei die Einlassungen der bildungspolitischen Sprecherin der Grünen, Anke Erdmann, die allen Ernstes behauptet, man müsse lediglich die entsprechende Verordnung anpassen, so dass es keine Vorgabe für ein sprachliches Profil mehr gebe. Wer solche Vorschläge macht, der muss sich die Frage gefallen lassen, ob es in dieser Frage noch um die Zukunft unserer Kinder geht oder vielmehr darum, die eigene ideologische Sichtweise weiter zu pflegen – ohne Rücksicht auf die schulische Realität.

Die Koalition sollte endlich anerkennen, dass es gute Gründe gibt, warum die Landesverordnung zu den Oberstufen vorsieht, dass Schulen grundsätzlich ein sprachliches und ein naturwissenschaftliches Profil einzurichten haben. Es sind nämlich grundlegende Profile. Gerade Sprachfertigkeiten gewinnen in unserer globalisierten Welt immer stärker an Bedeutung. Nur ausnahmsweise darf von dieser Vorgabe eigentlich abgewichen werden. Dass Ministerin Wende die Ausnahme zur Regel macht, ist nicht akzeptabel und sollte auch nicht von den Koalitionären gutgeheißen werden.

Bedauerlich bleibt auch, dass die gesamte Profilvielfalt unter den neugeschaffenen Oberstufen leidet – so gibt es auch kaum sportliche und ästhetische Profile an den neuen Oberstufen. Zudem steht auch

zu befürchten, dass Gymnasien in Zukunft an Profilvielfalt einbüßen werden, da sich Schüler auf viele kleine Oberstufen verteilen werden.

Ministerin Wende muss dieser Entwicklung sofort ein Ende setzen und aufhören, nicht lebensfähige Oberstufen zu genehmigen. Außerdem muss Frau Wende ernsthaft prüfen, ob im Zweifel Genehmigungen zurückgenommen werden müssen.

Es gibt ausreichend Kapazitäten an den bestehenden Gymnasien und beruflichen Schulen. Auch Forderungen der GEW nach Oberstufenzentren, die faktisch die Einheitsschule bedeuten, sind in diesem Zusammenhang klar zurückzuweisen.“